

RB113_4000_Verkehrsvertrag

Linie RB 113

Leipzig – Geithain

Entwurf

Hinweis:

Der Verkehrsvertrag wird geschlossen mit Zuschlagserteilung vom [XX.XX.XXXX] auf das Angebot des EVU vom [XX.XX.XXXX]. Dieser Vertragsschluss gilt unabhängig von der zu einem späteren Zeitpunkt erfolgenden Ausfertigung und Unterzeichnung des Verkehrsvertrags in dieser Vertragsurkunde.

Die im Verkehrsvertrag **gelb hervorgehobenen Textfelder** werden nach Zuschlagserteilung, aber vor Ausfertigung dieser Vertragsurkunde ergänzt.

BESONDERE VERTRAGSURKUNDE

zum

VERKEHRSVERTRAG

„Linie RB 113“

Entwurf

Verkehrsvertrag zwischen

dem **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)**
Emilienstraße 15, 04107 Leipzig

vertreten durch den Verbandsvorsitzenden
Herrn Landrat Kai Emanuel

(nachfolgend auch **Auftraggeber** genannt)

und

dem Eisenbahnverkehrsunternehmen
xxx

(nachfolgend **Auftragnehmer** genannt)

die Vertragsparteien gemeinsam werden die **Vertragspartner** genannt

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Vertragsgegenstand	5
§ 2	Rechtsstellung des Auftraggebers	6
§ 3	Rechtsstellung des Auftragnehmers	6
§ 4	Regionale Präsenz	7
§ 5	Unterauftragnehmer	7
§ 5	a Übernahme von Betriebspersonal des bisherigen Betreibers	8
§ 6	Umfang der Verkehrsleistung	10
§ 7	Leistungsveränderungen	11
§ 8	Sonderverkehre	12
§ 9	Qualitätsanforderungen	13
§ 10	Nicht- und Schlechtleistungen	14
§ 11	Leistungsnachweis	14
§ 12	Fahrzeugeinsatz	15
§ 13	Ersatzverkehr	15
§ 14	Vergütung	16
§ 15	Tarif, Vertrieb und Erlöse	17
§ 16	Marketing / Öffentlichkeitsarbeit	17
§ 17	Fahrgasterhebungen	17
§ 18	(Bleibt frei)	17
§ 19	Entlohnung der Arbeitnehmer/innen	17
§ 20	Vertragslaufzeit	18
§ 21	Betriebsaufnahme	18
§ 22	Revisionsklausel, Mittelzuweisungen	19
§ 23	Kündigung / Außerordentliche Kündigung	21
§ 24	Sicherheitsleistung / Haftung / Versicherungsschutz	22
§ 25	Gerichtsstand	23
§ 26	Überleitung dieses Vertrages	23
§ 27	Schlussbestimmungen / Ausfertigung	23

Präambel

Der Vertrag dient der Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Zugverbindungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) als Aufgabe der allgemeinen Daseinsvorsorge. Er soll zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und der Attraktivität des SPNV im Raum zwischen Leipzig und Geithain beitragen. Die Leistungen, die Gegenstand dieses Vertrages sind, werden als Leistungen der „Linie RB 113“ bezeichnet.

Die Vertragspartner stimmen darin überein, den SPNV in einem permanenten Prozess zu verbessern und seine Attraktivität als ökologisch sinnvolle Alternative zum motorisierten Individualverkehr (MIV) und zur Absicherung der Mobilitäts-bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger unter sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und landesplanerischen Gesichtspunkten weiterzuentwickeln. Des Weiteren streben die Vertragspartner an, die Belange von Menschen mit eingeschränkter Mobilität im Rahmen der technischen und betrieblichen Möglichkeiten unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben angemessen zu berücksichtigen. Für die Akzeptanz des SPNV als Alternative zum MIV ist neben einer attraktiven Angebotsausgestaltung vor allem auch ein hoher Qualitätsstandard bei der Pünktlichkeit und Anschlusssicherheit der Züge, den Reisezeiten, der Fahrgastinformation, dem Fahrgastkomfort, der Sauberkeit und der Sicherheit maßgeblich.

Der folgende Verkehrsvertrag basiert auf dem Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Regionalisierungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2395), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. April 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 107) geändert worden ist sowie dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen (ÖPNV-Gesetz) vom 14. Dezember 1995 (SächsGVBl. S. 412, 449), zuletzt geändert durch Artikel 36 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130, 145) i. V. m. der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVFinVO) vom 29. April 2009 (SächsGVBl. S. 232) mit Stand 06.02.2023.

Hierzu vereinbaren die Vertragspartner eine enge partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages.

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieses Vertrages ist das Erbringen von fahrplanmäßig festgelegten Verkehrsangeboten entsprechend RB113_3011_Anlage_LB_01_Leistungsumfang zur Bedienung der Allgemeinheit im SPNV auf der Relation Leipzig Hbf – Bad Lausick – Geithain.

Der Vertrag regelt Art, Umfang, Qualität und Finanzierung der vertragsgegenständlichen SPNV-Leistungen. Es handelt sich bei diesem Vertrag um einen „Vertrag über Verkehrsdienste aufgrund von Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes“ im Sinne von Art. 3 Abs.1 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. EU Nr. L 315 S. 1, nachfolgend VO (EG) Nr. 1370/2007).

- (2) Die in der RB113_3011_Anlage_LB 01_Leistungsumfang zu diesem Vertrag aufgeführte Strecke bildet das für den vorliegenden Vertrag maßgebende Vertragsgebiet.
- (3) Das Vertragsverhältnis zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber regelt sich nach den folgenden Bestimmungen (Vertragsbedingungen), die Bestandteil dieses Vertrages sind:
1. der Wortlaut dieses Vertrags nebst Anlagen,
 2. die Vergabeunterlagen der Ausschreibung in der zum Zeitpunkt der letzten Angebotsabgabe gültigen Fassung (*Vertragsanhang I – wird nach Zuschlag erstellt*)
 3. die Informationsschreiben der Vergabestelle an die Bewerber (*Vertragsanhang II – wird nach Zuschlag erstellt*) (bei Widersprüchen gehen die späteren Schreiben vor),
 4. das verbindliche Angebot des Auftragnehmers (*Vertragsanhang III – wird nach Zuschlag erstellt*),
 5. die Regelungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) – ausgenommen Bauleistungen –, Teil B (Ausgabe 2003), Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

Bei Widersprüchen bzw. Unklarheiten gelten die Vertragsbestandteile in der in Nr. 1 bis 5 genannten Reihenfolge. Ein Widerspruch innerhalb der Vertragsgrundlagen ist nur dann gegeben, wenn Anforderungen an die Leistungen des EVU in den Vertragsgrundlagen unterschiedlich definiert sind. Sollte in einem vorrangigen Vertragsbestandteil ein Detail eines nachrangigen Vertragsbestandteils nicht umschrieben oder definiert sein, stellt die fehlende Regelung keinen Widerspruch zur Regelung an nachrangiger Stelle dar. Es handelt sich dann lediglich um eine ergänzende Beschreibung des vertraglichen Leistungsumfangs des EVU.

- (4) Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht. Die Geltung Allgemeiner Geschäftsbedingungen (AGB) des Auftragnehmers ist ausgeschlossen.
- (5) Zur Erzielung von Einnahmen ist der Auftragnehmer zu weiteren Geschäftstätigkeiten (z.B. Vermietung von Werbeflächen auf oder in den Fahrzeugen) nur berechtigt, wenn diese den Vertragsgegenstand nicht beeinträchtigen oder gefährden. Insbesondere politische

Werbung, Werbung für den motorisierten Individualverkehr (MIV) und Werbung, die eine Konkurrenz zu anderen Dienstleistern des ÖPNV vermittelt, beeinträchtigen den Vertragsgegenstand im vorstehenden Sinne. Die Werbeflächen sind zwischen den Vertragspartnern im Vorfeld der Maßnahme abzustimmen.

- (6) Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichten sich, darauf hinzuwirken, dass es dem Ziel der Attraktivitätssteigerung entsprechend zwischen dem Auftraggeber, dem Auftragnehmer, ggf. beteiligten Infrastrukturunternehmen, den Landkreisen, den Gemeinden, weiteren Verkehrsunternehmen und anderen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit, vor allem bei Verkehrsplanung, Fahrplanfeinabstimmung, Nutzerinformation und Marketing kommt.

§ 2 Rechtsstellung des Auftraggebers

Der ZVNL ist für sein Gebiet der zuständige Aufgabenträger für den SPNV nach § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz für den Freistaat Sachsen. Der ZVNL ist damit zuständige Behörde im Sinne von § 15 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2396; 1994 I S. 2439), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist (AEG).

§ 3 Rechtsstellung des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer ist nach Maßgabe dieses Vertrages ein eigenverantwortliches, selbstständiges, rechtlich und wirtschaftlich unabhängiges Unternehmen im Sinne des Allgemeinen Eisenbahngesetzes und somit Träger der sich aus Gesetz, Verordnungen und öffentlich-rechtlichen Genehmigungen ergebenden Rechte und Pflichten als Eisenbahnverkehrsunternehmen. Der Auftragnehmer ist bei der Erbringung seines Verkehrsangebotes an die für seine Tätigkeiten geltenden rechtlichen Bestimmungen gebunden.
- (2) Dem Auftragnehmer obliegt es, den SPNV in eigener Regie nach den Vorgaben dieses Vertrages zu organisieren und durchzuführen. Er führt den vereinbarten SPNV im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durch. Der Auftragnehmer ist gegenüber den Reisenden alleiniger Vertragspartner aus den jeweiligen Beförderungsverträgen, er haftet für deren Schäden und stellt den Auftraggeber insoweit frei.
- (3) Der Auftragnehmer erbringt nach dem Vertrag Verkehrsleistungen und erlangt daher unmittelbar Kenntnis von den Auswirkungen der Vorgaben des Auftraggebers auf den Betrieb und die Nutzung des Verkehrsangebotes. Er ist verpflichtet, den Auftraggeber im Bereich der eigenen Wahrnehmung auf entsprechende mögliche negative Folgen von Bestellungen, Weisungen, Empfehlungen oder sonstige Erklärungen des Auftraggebers ausdrücklich hinzuweisen und, soweit möglich und zumutbar, Alternativvorschläge zu unterbreiten.
- (4) Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber alle wesentlichen Änderungen seiner gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse mit. Dies gilt insbesondere für Änderungen des haftenden Kapitals, Gewinnabführungs-, Beherrschungs- und

Konzerneingliederungsverträge, soweit sie für den Auftraggeber im Hinblick auf den vorliegenden Vertrag von Bedeutung sein können.

§ 4 Regionale Präsenz

Der Auftragnehmer hält mindestens einen zentralen Betriebsstandort im vertragsgegenständlichen Gebiet vor. Er gewährleistet, dass an dem/den Betriebsstandort/-en für den Auftraggeber entscheidungsbefugte regionale Ansprechpartner für die Vertragsabwicklung zur Verfügung stehen. Dies betrifft insbesondere die Qualitätsüberwachung, die Angebotsplanung, das Marketing und das Störungsmanagement.

§ 5 Unterauftragnehmer

(1) Der Auftragnehmer ist nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen berechtigt, Teile der Leistung von geeigneten Dritten (Unterauftragnehmern) ausführen zu lassen. Der Auftragnehmer darf die Ausführung von Teilen der SPNV-Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der betroffenen Auftraggeber an Unterauftragnehmer übertragen. Die Zustimmung gilt in Bezug auf die in der **RB113_xxxx_Erklärung Unterauftragnehmer** aufgeführte Leistungserbringung durch Unterauftragnehmer als erteilt. Die Übertragung von anderen Leistungen auf Unterauftragnehmer einschließlich Leistungen nach § 13 bedarf keiner Zustimmung. Sie ist jedoch jeweils drei Monate vor dem geplanten Beginn der Leistung durch den Unterauftragnehmer den betroffenen Auftraggebern anzuzeigen. Die Auftraggeber können ihre Zustimmung nach Satz 2 nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes verweigern. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn die Auftraggeber Zweifel an der Eignung des Nachunternehmers für die in Rede stehende Leistung haben und der Auftragnehmer in diesem Fall die Eignung des Nachunternehmers nicht nachweisen kann. Der Auftragnehmer gewährleistet und weist den Auftraggebern auf Nachfrage hin für jede Übertragung von Leistungen an Unterauftragnehmer nach, dass er

- a) bei der Übertragung von Teilen der Leistung (Unterauftrag) nach wettbewerblichen Gesichtspunkten verfährt,
- b) dem Unterauftragnehmer auf Verlangen die Auftraggeber aus diesem Vertrag nennt,
- c) dem Unterauftragnehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – stellt, als zwischen ihm und den Auftraggebern vereinbart sind,
- d) bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge regelmäßig kleine und mittlere Unternehmen angemessen beteiligt,
- e) sich bei Großaufträgen bemüht, Unteraufträge an kleinere und mittlere Unternehmen in dem Umfang zu erteilen, wie er es mit der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung vereinbaren kann.

- (2) Die mögliche Übertragung von Teilen der Leistung führt nicht zur Übertragung der Pflichten des Auftragnehmers auf den/die Unterauftragnehmer. Vertragspartner der Auftraggeber bleibt allein der Auftragnehmer.
- (3) Vergibt der Auftragnehmer Unteraufträge für SPNV-Leistungen, ist er verpflichtet, einen bedeutenden Teil (**mehr als 50 %**) der Verkehrsleistung mit Eisenbahnfahrzeugen und der Serviceleistungen in den Zügen durch Zugbegleiter selbst zu erbringen (Art. 4 Abs. 7 S. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007).
- (4) Die Regelungen nach Abs. 1 Satz 2 ff. gelten nicht, soweit der Unterauftrag an ein mit dem Auftragnehmer im Sinne von § 15 AktG verbundenes Unternehmen erteilt wird.

§ 5 a Übernahme von Betriebspersonal des bisherigen Betreibers

[Diese Regelung entfällt in dem Fall, in dem es nicht zu einem Betreiberwechsel kommt]

- (1) Das EVU ist auf der Grundlage von § 131 Abs. 3 GWB in Verbindung mit Art. 4 Abs. 5 VO (EG) Nr. 1370/2007 bei einem Wechsel des Betreibers verpflichtet, nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die beim bisherigen Betreiber für die Erbringung dieser Verkehrsleistung beschäftigt waren, zu übernehmen und ihnen die Rechte zu gewähren, auf die sie einen Anspruch hätten, wenn ein Übergang gemäß § 613 a BGB erfolgt wäre. Die Verpflichtung besteht nur bezogen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die als Triebfahrzeugführer, KiN oder Zugbereitsteller für die Erbringung der übergehenden Verkehrsleistung unmittelbar erforderlich sind; dabei dürfen eigene und bei etwaigen Unterauftragnehmern eingesetzte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht bedarfsmindernd berücksichtigt werden. Soweit dieser Vertrag Verpflichtungen des EVU zur Übernahme von Betriebspersonal des bisherigen Betreibers begründet, handelt es sich für die in der **Anlage RB113_3030_Personal** genannten Personen um einen Vertrag zugunsten Dritter im Sinne von § 328 Abs. 1 BGB.
- (2) Die Auftraggeber übergeben dem EVU spätestens 12 Monate vor Beginn der Leistungserbringung eine Aktualisierung der in den Vergabeunterlagen als **Anlage RB113_3030_Personal** enthaltenen anonymisierten Liste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die beim bisherigen Betreiber für die Erbringung der übergehenden Verkehrsleistung beschäftigt sind. Die Liste der **Anlage RB113_3030_Personal** und eventuelle Aktualisierungen enthalten Angaben des bisherigen Betreibers. Die Auftraggeber schließen für ihren Inhalt jede Haftung aus mit Ausnahme der Haftung für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf einer fahrlässigen Pflichtverletzung der Auftraggeber oder einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen der Auftraggeber beruhen sowie für sonstige Schäden, die auf einer grob fahrlässigen Pflichtverletzung der Auftraggeber oder auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen der Auftraggeber beruhen. Spätestens 10 Monate vor dem Beginn der Leistungserbringung fragt der bisherige Betreiber in einem mit

dem EVU inhaltlich abgestimmten Schreiben diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ob sie daran interessiert sind, ab dem Beginn der Leistungserbringung ein Arbeitsverhältnis zum EVU mit den in Abs. 1 Satz 1 genannten Rechten zu begründen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben innerhalb eines Monats nach Zugang des an sie gerichteten Anfrageschreibens des bisherigen Betreibers die Möglichkeit, unmittelbar gegenüber dem EVU schriftlich und unter Nachweis ihres bisherigen Einsatzes für die Dienste ihr Interesse an einem solchen Arbeitsverhältnis zu bekunden.

- (3) Das EVU unterbreitet den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, auf die sich die Verpflichtung bezieht und die innerhalb der Frist nach Abs. 2 Satz 5 schriftlich ihr Interesse bekundet haben, spätestens 6 Monate vor dem Beginn der Leistungserbringung ein Angebot auf Abschluss eines Arbeitsvertrags nach den Anforderungen von Abs. 1 Satz 1.
- (4) Nur sofern innerhalb der Frist nach Abs. 2 Satz 5 mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Voraussetzungen von Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1 erfüllen, ihr Interesse bekunden, als nach dem Bedarf des EVU nach Abs. 1 Satz 2 unmittelbar erforderlich sind, trifft das EVU eine Auswahl. Es wählt dann aus den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach Satz 1 im Umfang seines Bedarfs nach Abs. 1 Satz 2 die Personen aus, denen es ein Angebot unterbreitet. Dabei ist, soweit möglich, sicherzustellen, dass die ausgewählten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Durchschnitt nach Lebensalter, Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie Entgeltgruppe/-stufe dem Durchschnitt der in der aktualisierten **Anlage RB113_3030_Personal** benannten Personen entsprechen. Das EVU versieht die individuellen Angebote mit angemessenen Bindefristen, die einen Monat nicht unterschreiten dürfen. Soweit möglich, muss das EVU seinen Bedarf nach Abs. 1 Satz 2 aus dem Kreis der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer decken, auf die sich die Verpflichtung bezieht und die innerhalb der Frist nach Abs. 2 Satz 5 schriftlich ihr Interesse bekundet haben. Bei Ablauf der Bindefristen ohne Annahme des Angebots unterbreitet es dazu im Umfang seines Bedarfs noch nicht berücksichtigten Personen aus diesem Kreis ein Angebot.
- (5) Der Abschluss der Arbeitsverträge mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach Abs. 3 und 4 soll bis 2 Monate vor dem Beginn der Leistungserbringung beendet sein. Soweit das EVU nach dem Verfahren von Abs. 2 bis 4 seinen Bedarf nach Abs. 1 Satz 2 nicht innerhalb der Frist des Satzes 1 decken kann, weil nicht genügend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Angebote auf Abschluss eines Arbeitsvertrags innerhalb der Bindefristen annehmen, darf es nach seiner freien Entscheidung andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Erbringung der Verkehrsleistung beschäftigen.
- (6) Sofern der Zeitraum zwischen dem Zuschlag und dem Beginn der Leistungserbringung die Einhaltung der in Abs. 2 bis 5 genannten Fristen nicht zulässt, sind sie in Abstimmung mit den Auftraggebern angemessen anzupassen. Die Bindefristen für die Angebote auf Abschluss eines Arbeitsvertrags dürfen jedoch keinesfalls einen Monat unterschreiten.
- (7) Zeitgleich mit der Übersendung der Schreiben nach Abs. 2 Satz 4 und der Angebote nach Abs. 3 und Abs. 4 Satz 2 hat das EVU den Auftraggebern Sachstandsberichte zur Personalübernahme vorzulegen.

- (8) Soweit der bisherige Betreiber oder Dritte tarifvertragliche Regelungen im Sinne von § 131 Abs. 3 Satz 3 GWB zwischen der Auftragsbekanntmachung und der Übernahme des Betriebs missbräuchlich zu Lasten des EVU anpassen, ist das EVU aus § 5a nicht zur Übernahme der Anpassung verpflichtet. Die mit § 5a begründete Verpflichtung des EVU beschränkt sich dann insoweit auf die Rechte, auf die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne die missbräuchliche Anpassung einen Anspruch hätten. Weitergehende Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen den bisherigen Betreiber und gegen das EVU bleiben unberührt.
- (9) Im Vorfeld einer Vergabe der Verkehrsleistung nach dem Ende des Verkehrsvertrags ist das EVU nach Aufforderung durch die Auftraggeber verpflichtet, innerhalb angemessener Fristen alle nach § 131 Abs. 3 Satz 4 GWB erforderlichen Angaben zu machen. Das EVU kooperiert mit dem Nachfolgebetreiber bei der Übernahme von Personal nach § 131 Abs. 3 GWB oder einer Nachfolgeregelung dazu. Das EVU hat dabei auch die für die Erbringung dieser Verkehrsleistung beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in angemessenem Umfang für Schulungen durch den neuen Betreiber freizustellen.
- (10) Das EVU hat den Auftraggebern unabhängig von der Auskunft nach § 5a Abs. 9 innerhalb einer von den Auftraggebern gesetzten angemessenen Frist die zur Vorbereitung der Vergabe der Leistungen für den Zeitraum nach dem Ende der Laufzeit (Nachfolgeleistung) wesentlichen Informationen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören:
- Informationen über Fahrgastnachfrage, Tarife, Kosten und Einnahmen im Zusammenhang mit den öffentlichen Personenverkehrsdiensten, die Gegenstand des wettbewerblichen Vergabeverfahrens sind,
 - Einzelheiten der Infrastrukturspezifikationen, die für den Betrieb der erforderlichen Fahrzeuge bzw. des erforderlichen Rollmaterials relevant sind, um interessierten Parteien die Abfassung fundierter Geschäftspläne zu ermöglichen sowie
 - die nach Art. 4 Abs. 5 Satz 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 relevanten Angaben.
- (11) Hierbei hat das EVU Informationen zu kennzeichnen, die es als vertrauliche Geschäftsinformationen ansieht. Die Auftraggeber stellen allen interessierten Parteien relevante Informationen für die Vorbereitung eines Angebots im Rahmen eines wettbewerblichen Vergabeverfahrens um die Nachfolgeleistung zur Verfügung und gewährleisten dabei den legitimen Schutz vertraulicher Geschäftsinformationen des EVU.

§ 6 Umfang der Verkehrsleistung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das verkehrliche Leistungsangebot zu den hier vereinbarten Konditionen zur Bedienung der Allgemeinheit zu erbringen.
- (2) Leistungen werden in der Einheit Zugkilometer angegeben.

- (3) Das verkehrliche Leistungsangebot umfasst das Regelangebot gemäß der Anlage **RB113_3011_ Leistungsumfang**, den Schienenersatz- und den Busnotverkehr.
- (4) Das Leistungsvolumen des Fahrplanjahres ist für das sächsische Normjahr zu bemessen. Das Normjahr besteht aus 252 Verkehrstagen Montag bis Freitag, 52 Verkehrstagen Samstag sowie 61 Verkehrstagen Sonn- und Feiertage.
- (5) Bleibt frei.
- (6) Der Auftragnehmer darf nur nach Zustimmung des Auftraggebers über die in diesem Vertrag genannten Verkehrsleistungen hinaus – auch aufgrund von Verträgen mit Dritten (z. B. Landkreisen, anderen EVU) – zusätzliche SPNV-Angebote auf dem zu befahrenden Netz ohne finanzielle Leistungen des Auftraggebers durchführen. Durch etwaige Zusatzleistungen darf der Vertragsgegenstand nicht behindert oder beeinträchtigt werden.

§ 7 Leistungsveränderungen

- (1) Die Auftraggeber können jederzeit Veränderungen der Beschaffenheit oder des Leistungsumfangs jedweder vom EVU geschuldeten Leistungsbestandteile verlangen, soweit dies vergaberechtlich zulässig ist.
- (2) Die Auftraggeber können jederzeit zeitliche oder räumlichen Umbestellungen von Verkehren (Fahrplanänderungen) sowie einmalige oder zeitlich befristete Sonderverkehre verlangen, auch wenn sie zu Veränderungen der Betriebsleistungen in Zugkilometern gegenüber dem bezuschlagten LV (Vertrags-Soll) führen. Dies schließt auch einmalige oder befristete Veränderungen oder Linienverlängerungen und -verkürzungen ein.
- (3) Fahrplanänderungen und Sonderverkehre, die zu einem Mehrbedarf an Schienenfahrzeugen führen, bedürfen der Zustimmung des EVU, es sei denn, die Fahrzeuge sind nicht vom EVU selbst zu finanzieren. Sofern der Mehrbedarf an Schienenfahrzeugen lediglich auf die Unterschreitung der Mindestfahrzeugreserve im Sinne von Abs. 4 Satz 1 zurückgeht, kann die Leistung nach Satz 1 einvernehmlich vorübergehend auch unter Nutzung der Reservefahrzeuge durchgeführt werden. Soweit das EVU die Zustimmung nach Satz 1 verweigert, sind die Auftraggeber berechtigt, die Mehrleistungen bei anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen zu bestellen. Fahrplanänderungen, die zu einem Minderbedarf an Schienenfahrzeugen führen, dürfen die Auftraggeber nach Anhörung des EVU auch einseitig anordnen.
- (4) Ein Mehrbedarf an Schienenfahrzeugen liegt vor, wenn auf Grundlage der Leistungsveränderungen zusätzliche Fahrzeuge beschafft werden müssen, weil die bislang einzusetzende Anzahl der Fahrzeuge nicht ausreicht, um die veränderte Leistung durchzuführen. Ein Minderbedarf liegt vor, soweit Fahrzeuge für die vertragsgegenständliche Leistung dauerhaft, d. h. mindestens für einen Zeitraum von 12 Monaten nicht mehr benötigt werden. Die Ermittlung des Mehrbedarfs an Schienenfahrzeugen richtet sich nach den in Kap. 2.1.2 **RB113_3020_Fahrzeuge** niedergelegten Grundsätzen zur Mindestfahrzeugreserve. Sofern das EVU in seinem Angebot eine höhere Mindestreserve zugesagt hat, ist diese für die Berechnung des Mehrbedarfs zu Grunde zu legen. Als Schienenfahrzeuge im Sinne dieser Regelung gelten Einzelwagen, Triebwagen, Triebzüge, zusätzliche nachrüstbare Module von

Triebzügen sowie für die im Linieneinsatz zur Traktion von Einzelwagen benötigten Lokomotiven.

- (5) Werden durch Leistungsveränderungen nach Abs. 3 in Summe je Linienbündel kalenderjährlich zusätzliche Leerfahrtkilometer gegenüber dem Betriebskonzept notwendig, das der Kalkulation zu Grunde lag und gegebenenfalls durch frühere Leistungsveränderungen nach Abs. 3 angepasst worden ist, werden diese Leerfahrtkilometer nach Kapitel 2 Abs. 2 lit. c) **RB113_4130_Vergütung** mit dem variablen Preisanteil (P_v) nach dem LV vergütet und dafür anfallende Infrastrukturnutzungsentgelte erstattet. Werden durch Leistungsveränderungen nach Abs. 3 in Summe je Linienbündel kalenderjährlich weniger Leerfahrtkilometer gegenüber dem Betriebskonzept im Sinne von Satz 1 notwendig, erfolgt ein Abzug von der Vergütung für diese Leerfahrtkilometer in Höhe des variablen Preisanteils (P_v) nach dem LV. Eine Leerfahrt ist in diesem Zusammenhang die Überführung eines Zuges unter eigenständiger Benutzung der Infrastruktur zu einem anderen Ort. Überführungen von Zugteilen in Regelzügen gelten nicht als Leerfahrt.
- 5a) Bei Leistungsveränderungen nach Abs. 2, die nicht zu einem Mehrbedarf an Schienenfahrzeugen führen, werden im Falle der Bestellung unpaariger Fahrten die aufgrund der jeweiligen Lastfahrt notwendigen Leerfahrtkilometer nach Kapitel 2 Abs. 2 lit. c) **RB113_4130_Vergütung** mit dem variablen Preisanteil (P_v) nach dem LV vergütet und dafür anfallende Infrastrukturnutzungsentgelte erstattet. Dies gilt nur, soweit durch Leistungsveränderungen nach Abs. 2 in Summe je Linienbündel kalenderjährlich zusätzliche Leerfahrtkilometer gegenüber dem Betriebskonzept notwendig werden, das der Kalkulation zu Grunde lag und gegebenenfalls durch frühere Leistungsveränderungen nach Abs. 2 angepasst worden ist. Das EVU hat die Notwendigkeit der jeweiligen Leerfahrt nachzuweisen. BI0243
- (6) In folgenden Fällen sind die Preisanteile P_f und P_v für die Leistungserstellung gemäß LV nach § 2 Nr. 3 VOL/B an die veränderten Kosten des EVU anzupassen:
1. bei Veränderungen der Beschaffenheit und/oder des Leistungsumfangs jedweder vom EVU geschuldeten Leistungsbestandteile nach Abs. 1 mit Ausnahme von Veränderungen des Umfangs der verkehrlichen Leistung im Sinne von § 6 Abs. 2.
 2. bei Fahrplanänderungen und Sonderverkehren nach Abs. 3 mit einem Fahrzeugmehr- oder Minderbedarf

Soweit eine einmalige Maßnahme vorliegt, kann dem EVU der betreffende Betrag gesondert, d. h. ohne Veränderung des Preises für die Leistungserstellung, erstattet werden. In allen Fällen einer Anpassung nach Satz 1 ist das EVU für die Kosten bzw. Einnahmen nachweispflichtig. Das EVU hat sich dabei dasjenige anrechnen zu lassen, was es infolge der Änderung seiner Leistung an Aufwendungen spart oder durch anderweitige Verwendung seiner Kapazitäten erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt. § 11 Abs. 3 gilt entsprechend. Die Abrechnung erfolgt im Rahmen der jährlichen Schlussrechnung.

§ 8 Sonderverkehre

- (1) Sonderverkehre sind einmalige oder mehrfach wiederkehrende, aber zeitlich eng befristete Mehrverkehre zu bestimmten Anlässen oder Veranstaltungen ohne zusätzlichen Gesamtfahrzeugbedarf. Für sie gelten unbeschadet der sonstigen vertraglichen

Regelungen die Bestimmungen der Absätze (2) bis (4). Für Sonderverkehre, die zu einer Veränderung des Gesamtfahrzeugbedarfs führen, ist eine gesonderte Vereinbarung zu treffen.

- (2) Der Auftraggeber kann während der Vertragslaufzeit die Erbringung von Sonderverkehren bestellen. Der Auftragnehmer wird diese bestellten Sonderverkehrsleistungen erbringen, soweit dies mit den vom Auftragnehmer für die Durchführung des Verkehrsvertrags kalkulierten Produktionsmitteln möglich ist. Sonderverkehre zählen nicht zum Verkehrsangebot im Sinne des § 1 Absatz (1) dieses Vertrages.
- (3) Sind Sonderverkehre von dem Auftraggeber gewünscht, teilt er dies dem Auftragnehmer mindestens vier Wochen vor der geplanten Umsetzung schriftlich mit. In der Regel erfolgt eine Abstimmung dazu deutlich früher. Kann die in Satz 1 genannte Frist im Einzelfall nicht eingehalten werden, sagt der Auftragnehmer zu, sich trotzdem um die Realisierung des Sonderverkehrs zu bemühen.
- (4) Das durch den Auftraggeber zu zahlende Leistungsentgelt für die bestellten Sonderverkehre berechnet sich aus dem nach § 14 ermittelten Entgelt pro Zugkilometer für den entsprechenden Abrechnungszeitraum multipliziert mit den Zugkilometern der Sonderleistung.

§ 9 Qualitätsanforderungen

- (1) Der Auftragnehmer erbringt die vereinbarten Verkehrsleistungen nach den in der Anlage **RB113_4070_Qualitätsstandards** vorgegebenen Qualitätsstandards.
- (2) Art und Umfang, Messung und Kontrolle sowie die Bewertung wegen Unterschreitung der vereinbarten Qualitätsstandards bestimmen sich nach der Anlage **RB113_4070_Qualitätsstandards**.
- (3) Unbeschadet der gesetzlichen Minderungs- und Schadensersatzregelungen können die Auftraggeber die Vergütung nach Maßgabe der Anlage **RB113_4070_Qualitätsstandards** wegen Nicht- und Schlechtleistungen des Auftragnehmers mindern. Die danach vorgesehenen Minderungen entsprechen dem Minderwert der Leistung im Vergleich zum Wert der geschuldeten Leistung.
- (4) Der Vertrag enthält Vertragsstrafenregelungen, die in **RB113_3010_Betrieb, RB113_4070_Qualitätsstandards** und **RB113_4080_Minderungen bei Schlechtleistungen** mit Verweisen als solche bezeichnet sind. Erfüllt das EVU seine Verbindlichkeiten nicht oder nicht in gehöriger Weise, so verwirkt es nach Maßgabe der einzelnen Regelungen eine Vertragsstrafe, wenn es in Verzug kommt bzw. bei einem geschuldeten Unterlassen der Pflicht zuwiderhandelt, es sei denn, es hat dies nicht zu vertreten. Die Summe aller Vertragsstrafen dieses Vertrags ist je Auftraggeber auf 5 % des anteiligen Grundanspruchs nach **RB113_4130_Vergütung Kapitel 2, Abs. 2** für die gesamte Vertragslaufzeit begrenzt. Weitergehende Ansprüche der Auftraggeber gegen

den Auftragnehmer auf Schadensersatz bleiben unberührt. Verwirkte Vertragsstrafen sind jedoch jeweils auf sie anzurechnen.

§ 10 Nicht- und Schlechtleistungen

- (1) Nichtleistungen sind nicht erbrachte Verkehrsleistungen im Sinne des § 6 Absatz (3). Die Leistung eines Zuges gilt auch dann als nicht erbracht, soweit ein Fall nach **RB113_4070_Qualitätsstandards** als Ausfall bewertet wird.
- (2) Schlechtleistungen sind Leistungen, die von der Leistungsbeschreibung oder von der vereinbarten Qualität der Leistungserbringung insbesondere gemäß **RB113_4070_Qualitätsstandards** negativ abweichen und nicht unter Absatz (1) fallen.
- (3) Die entsprechenden Rechtsfolgen ergeben sich aus der Anlage **RB113_4070_Qualitätsstandards**.

§ 11 Leistungsnachweis

- (1) Der Auftragnehmer trägt die Darlegungs- und Beweislast für die Ordnungsmäßigkeit der im Rahmen dieses Vertrages zu erbringenden Leistungen nach Art, Umfang und Qualität, sofern keine abweichenden Regelungen getroffen wurden. Alle Dokumentationen werden dem Auftraggeber kostenlos zur Verfügung gestellt.
- (2) Den Nachweis für die vertragsmäßige Leistungserbringung leistet der Auftragnehmer soweit nicht anders festgelegt mittels elektronischer Information in Dateiform in Gestalt der im jeweiligen Regelungstext des Verkehrsvertrages und dessen Anlagen beschriebenen Leistungsnachweise zu den dort definierten Terminen.
- (3) Der Auftragnehmer hat auf Anforderung des Auftraggebers Erhebungsmethode, Zeitpunkt und Ort der vorgenommenen Datenerhebungen mitzuteilen. Der Auftraggeber ist berechtigt, alle vom Auftragnehmer nach Maßgabe dieses Vertrages vorzulegenden bzw. gelieferten Berichte, Daten, Gutachten, Rechnungen und sonstigen Aufstellungen und Erhebungen, die zur Überprüfung der Erfüllung von Pflichten des Auftragnehmers nach diesem Vertrag erforderlich sind, selbst zu überprüfen oder durch einen Gutachter überprüfen zu lassen. Dies schließt aufgrund des Brutto-Vertragscharakters die Kooperations- und Einnahmeaufteilungsverträge, Vertriebsrechnungen, Einnahmezuscheidungen etc. mit ein. Sollte die Prüfung die Unrichtigkeit von Angaben des Auftragnehmers ergeben, so hat der Auftragnehmer die angemessenen Kosten des Gutachters zu ersetzen. Der Auftragnehmer ermöglicht dem Auftraggeber bzw. dessen autorisierten Vertretern auf Verlangen, die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen zu überprüfen. Der Auftraggeber kann sich in den im Fahrgastbetrieb auf der vertragsgegenständlichen Linie befindlichen Zügen sowie in den Werkstätten, Wagenbehandlungsanlagen und Abstellanlagen zu den dortigen Geschäfts-/Arbeitszeiten für Züge der vertragsgegenständlichen Strecken unentgeltlich von der

vertragsgemäßen Ausführung der geschuldeten Leistung unterrichten. Es gilt § 4 Nr. 2 VOL/B.

- (4) Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber zum Zwecke der Wahrnehmung seiner Kontrolltätigkeit sowie für sonstige dienstliche Fahrten im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis jährlich rechtzeitig eine übertragbare Karte für die vertragsgegenständliche Linie zur uneingeschränkten und unentgeltlichen Nutzung der im Rahmen dieses Vertrages erbrachten SPNV-Leistungen zur Verfügung. Der Auftraggeber verpflichtet sich, den für ihn tätig werdenden Personen die Nutzung der Freifahrten nur zu dienstlichen Zwecken zu gestatten.
- (5) Der Auftragnehmer gewährt dem Auftraggeber auf Verlangen Einblick in alle den Vertragsgegenstand betreffenden betrieblichen Unterlagen und Daten, soweit dies dem Leistungsnachweis bzw. der sonstigen Vertragsdurchführung dient. Die im Rahmen dieser Tätigkeiten offenzulegenden Informationen gelten im Verhältnis zum Auftraggeber nicht als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Auftragnehmers.
- (6) Zur Überprüfung der Meldungen zu den Fahrgeldeinnahmen und zur Quote der Schwarz-, Grau- und Freifahrer (SGF-Quote) ist der Auftraggeber berechtigt, an Verkehrserhebungen und Fahrausweiskontrollen des Auftragnehmers teilzunehmen bzw. eigene Verkehrserhebungen und Kontrollen der Fahrausweisprüfung durchzuführen. Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber auf Anforderung die Termine von Verkehrserhebungen, sonstige Einzelheiten sowie die Ergebnisse der Erhebungen bzw. Kontrollen mit. Diese SGF-Quote ist dem Aufgabenträger monatlich entsprechend zu melden sowie nach den jeweils aktuellen Anforderungen des MDV-Handbuches zu ermitteln und zu melden.

§ 12 Fahrzeugeinsatz

Der Auftragnehmer erbringt die vertragsgegenständlichen Verkehrsleistungen mit Fahrzeugen, die den Vorgaben nach **RB113_3020_Fahrzeuge** sowie der Anlage **RB113_Qualitätsstandards** und einer insoweit etwaig im Angebot des Auftragnehmers vorgesehenen Mehrqualität entsprechen, insbesondere eines etwaig im Angebot des Auftragnehmers vorgesehen Einsatzes alternativer Antriebe (batteriebetriebene oder wasserstoffbetriebene Fahrzeuge) oder des Einsatzes des alternativen Kraftstoffs HVO 100 (Hydrotreated Vegetable Oil).

§ 13 Ersatzverkehr

- (1) Die Anforderungen an den Ersatzverkehr sind in **RB113_4070_Qualitätsstandards** definiert.
- (2) Der Ersatzverkehr ist nach den Bestimmungen des § 2 Abs. 5 des Personenbeförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 23 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl.

2023 I Nr. 56) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung (PBefG) und den Anforderungen dieses Vertrages zu erbringen.

§ 14 Vergütung

- (1) Der Auftraggeber zahlt dem Auftragnehmer für die erbrachten Leistungen ein Leistungsentgelt.
- (2) Neben dem Leistungsentgelt erstattet der Auftraggeber dem Auftragnehmer Infrastrukturkosten für bestellte und erbrachte Fahrleistungen, nicht jedoch für sonstige Fahrten, beispielsweise umlaufbedingte Leerfahrten oder Fahrten zur Werkstatt und auch nicht für die Abstellung von Fahrzeugen.
- (3) Fahrgelderlöse des Auftragnehmers stehen dem Auftraggeber zu.
- (4) Detaillierte Regelungen zum Leistungspreis und dem Entgelt, zu den Entgeltminderungen und den Infrastrukturkosten sowie den Abschlagszahlungen und die Jahresrechnung enthält die Anlage **RB113_4130_Vergütung**.
- (5) Die Vertragspartner gehen unter Bezugnahme auf den Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 23. Juni 1994 und den Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom 16./17. November 1995 als Geschäftsgrundlage im Sinne von § 313 BGB davon aus, dass die in diesem Vertrag geregelten Ausgleichszahlungen der Auftraggeber an den Auftragnehmer nicht der Umsatzsteuer unterliegen. Der Auftragnehmer hat alle gesetzlich zulässigen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die von den Auftraggebern gewährten Zuwendungen einschließlich der Vergütung von den Finanzbehörden und den Gerichten als nicht umsatzsteuerbare Zuschüsse im öffentlichen Interesse anerkannt werden.
- (6) Insbesondere ist der Auftragnehmer unter rechtzeitiger und vollständiger Einbindung der Auftraggeber sowie nach ihrer schriftlichen Aufforderung verpflichtet, gegen anders lautende Entscheidungen und Maßnahmen alle möglichen Rechtsmittel und Rechtsbehelfe fristgerecht und ordnungsgemäß einzulegen. Die notwendigen Kosten diesbezüglicher Rechtsmittel- und Rechtsbehelfsverfahren tragen die Auftraggeber. Der Auftragnehmer hat bei der Führung von Verfahren oder Prozessen rechtmäßigen Weisungen der Auftraggeber Folge zu leisten.
- (7) Soweit von den zuständigen Stellen gegenüber dem Auftragnehmer zu Recht Umsatzsteuer erhoben wird, erhöhen sich die Ausgleichszahlungen entsprechend, wobei die Auftraggeber dem Auftragnehmer zusätzlich etwaige steuerliche Nebenleistungen im Sinne von § 3 Abs. 4 AO erstatten, soweit der Auftragnehmer deren Entstehung nicht zu vertreten hat. Eine nachträgliche Umsatzsteuererhebung für Jahre, für die die Jahresrechnung nach § 14 Abs. 4 bereits abgerechnet ist, sowie steuerliche Nebenleistungen werden dem Auftragnehmer entweder gesondert oder im Rahmen der Jahresrechnung für das nächste noch abzurechnende Jahr erstattet. Im Fall einer Umsatzsteuererhebung können die Auftraggeber gegenüber dem Auftragnehmer eine Anpassung des vereinbarten Verkehrsangebots verlangen, die sicherstellt, dass die mit einer Umsatzsteuerpflicht verbundene Erhöhung der jährlichen Ausgleichszahlungen so ausgeglichen wird, dass die Auftraggeber keine höheren jährlichen Zahlungspflichten haben als ohne die Umsatzsteuerpflicht. In diesem Fall findet § 22 Anwendung.

§ 15 Tarif, Vertrieb und Erlöse

(1) Die Anforderungen und Vereinbarungen im Tarifbereich sowie hinsichtlich der Einnahmenaufteilung und dem Anreizsystem ergeben sich aus folgenden Teilen der Leistungsbeschreibung sowie Anlagen:

- **RB113_3060_Tarife,**
- **RB113_3090_Einnahmenaufteilung.**

(2) Die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen im Bereich Vertrieb sind in den Dokumenten **RB113_3040_Vertrieb_und_Vertriebstechnik** und **RB113_4070_Qualitätsstandards** geregelt.

§ 16 Marketing / Öffentlichkeitsarbeit

Die Aktivitäten im Bereich des Marketing und der Öffentlichkeitsarbeit sind in **RB113_3050_Marketing** geregelt.

§ 17 Fahrgasterhebungen

Der Auftragnehmer führt über die automatischen Fahrgastzähleinrichtungen kontinuierliche Zählungen durch und wertet diese aus. Näheres regeln

- **RB113_3110_Erhebung,**
- **RB113_3111_Spezifikation_Befragung,**
- **RB113_3112_Spezifikation_SEV,**
- **RB113_3113_Erhebungskonzept,**
- **RB113_3114_Datenübergabe** und
- **RB113_3120_Spezifikation_Automatische_Fahrgastzählssysteme.**

§ 18 (Bleibt frei)

§ 19 Entlohnung der Arbeitnehmer/innen

Der Auftragnehmer hat sich gegenüber dem Auftraggeber zu verpflichten, im Verhältnis zu den in seinem Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für die Ausführung der beauftragten Leistungen mindestens die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen des Mindestlohngesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils gültigen Fassung einzuhalten.

§ 20 Vertragslaufzeit

- (1) Der Vertrag wird mit Erteilung des Zuschlags auf das Angebot des Auftragnehmers geschlossen.
- (2) Die vereinbarten Verkehrsleistungen werden für die Dauer von 6 Jahren erbracht, gerechnet jeweils vom Fahrplanwechsel bis zum Fahrplanwechsel (Fahrplanwechsel im **Dezember 2025/2026 bis zum Fahrplanwechsel 2030/2031 im Dezember 2031**). Als Fahrplanwechsel gilt der international zwischen den Eisenbahnverkehrsunternehmen bestimmte Termin. Ändert sich dieser Termin während der Vertragslaufzeit, so endet der Vertrag spätestens am 14.12.2031, 24:00 Uhr. Sollte es bereits zu einem früheren Zeitpunkt zur Vollsperrung der Strecke kommen, endet der Vertrag mit dem Beginn der Vollsperrung.

§ 21 Betriebsaufnahme

- (1) Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Aufnahme des Fahrgastbetriebs (Betriebsaufnahme) zu dem in § 20 Absatz (2) des Vertrages genannten Zeitpunkt zu gewährleisten. Der Auftragnehmer legt dem Auftraggeber hierzu bis zum **xx.xx.xxxx** ein Betriebsaufnahmekonzept mit Zeitplan vor, auf das sich der Auftragnehmer verbindlich festlegt. Das Betriebsaufnahmekonzept beschreibt Maßnahmenschritte und Meilensteine für die Bereiche Personalakquisition und -schulung, Flächenakquisition, Reinigung, Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge, Fahrzeugabstellung, Qualitätsmanagement und Vertrieb, Erhebungen sowie Marketing vom Zeitpunkt seiner Aufstellung bis zur Betriebsaufnahme der vereinbarten Verkehrsleistungen. Das Betriebsaufnahmekonzept muss im Einzelnen nachvollziehbar und hinsichtlich Abläufen und Fristen objektiv geeignet sein, die Betriebsaufnahme zu gewährleisten.
- (2) Bis zur Betriebsaufnahme hat der Auftragnehmer je Quartal – bzw. nach Aufforderung durch die Auftraggeber monatlich – einen Bericht/Jour Fixe über die fristgerechte Umsetzung des Betriebsaufnahmekonzepts, ggf. einschließlich des Ersatzfahrzeugkonzepts nach Abs. 3, zu erstellen bzw. unter Beteiligung aller Auftraggeber in Leipzig durchzuführen und den Auftraggebern die Berichte unter Beifügung geeigneter Nachweise über den Stand der Vorbereitung einschließlich der Fahrzeugbeschaffung bzw. Fahrzeugbereitstellung vorzulegen. Insbesondere weist der Auftragnehmer den Auftraggebern jeweils nach, dass ihm die für die Leistung nach seinem Angebot (§ 1 Abs. 3 Nr. 3) vorgesehenen Fahrzeuge vollzählig bis zur Betriebsaufnahme zur Verfügung stehen werden.
- (3) Bei absehbar verzögerter Fahrzeugbereitstellung ist der Auftragnehmer verpflichtet, unverzüglich den Auftraggeber zu informieren. Die Vertragspartner verständigen sich in diesem Fall über ein Fahrzeugersatzkonzept und den damit zu erbringenden Leistungsumfang. Sofern die Leistung durch die Umsetzung des Fahrzeugersatzkonzepts für den Auftragnehmer mit Mehr- und/oder Minderkosten verbunden ist, hat jede Partei

einen Anspruch auf Anpassung der Vergütung nach § 2 Nr. 3 VOL/B für den von dem Ersatzkonzept betroffenen Leistungsteil.

- (4) Kommt der Auftragnehmer mit der Aufnahme des Betriebs ganz oder teilweise in Verzug oder zeigt der Auftragnehmer an, dass die Betriebsaufnahme nicht rechtzeitig erfolgen wird, ist der Auftraggeber berechtigt, ein anderes Unternehmen ganz oder teilweise mit den Betriebsleistungen zu beauftragen, bis der Auftragnehmer sie vollständig erbringt. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die verspätete Betriebsaufnahme entstehenden Schaden, insbesondere die Mehrkosten für die Realisierung von Ersatzverkehren sowie eventuell notwendige Kosten für die erneute Durchführung eines Vergabeverfahrens, zu ersetzen. Zur Finanzierung der Beauftragung Dritter und zum Ersatz des ihm entstehenden Schadens ist der Auftraggeber berechtigt, auch die Sicherheitsleistung gemäß § 24 in Anspruch zu nehmen. Das Recht des Auftraggebers zur außerordentlichen Kündigung nach § 23 dieses Vertrages bleibt unberührt. Der Auftragnehmer hat keine Ansprüche auf Zahlung eines Entgeltes gegen den Auftraggeber, soweit die Betriebsleistungen durch ein anderes Eisenbahnverkehrsunternehmen erbracht werden.
- (5) Nimmt der Auftragnehmer den Betrieb nicht oder nicht vollständig termingerecht auf, so hat der Auftraggeber Anspruch auf Vertragsstrafe, wenn der Auftragnehmer die verzögerte Betriebsaufnahme zu vertreten hat, was widerleglich vermutet wird. Die Vertragsstrafe beträgt für jeden Tag, an dem der Auftragnehmer die Leistung nicht oder nicht vollständig erbringt, 20.000 € und ist begrenzt auf eine maximale Gesamthöhe von 10% der für das erste vollständige Kalenderjahr (2026) nach den Vergabeunterlagen und dem Angebot des Auftragnehmers zu leistenden Entgelte.

§ 22 Revisionsklausel, Mittelzuweisungen

- (1) Der Auftraggeber kann zur Abfederung unvorhergesehener Umstände in dem in **RB113_4140_Wertsicherungsklausel** benannten Umfang Leistungen abbestellen. Diese Regelung kommt insbesondere dann zur Anwendung, wenn
1. der Freistaat Sachsen während der Laufzeit des Vertrags weniger Finanzmittel zur Finanzierung von SPNV-Leistungen erhält, als dies unter einer Erhöhung der im Jahr 2014 erhaltenen Regionalisierungsmittel um 1,5% p.a. eingetreten wäre; dieses Recht zur Abbestellung von Leistungen besteht für das gesamte betroffene Kalenderjahr und die Folgejahre; die Vertragspartner können dabei auch eine vorübergehende Abbestellung vereinbaren.
 2. entgegen den Beschlüssen der Finanzministerkonferenz vom 23.06.1994 und der Verkehrsministerkonferenz vom 16./17.11.1995, Entgelte an den Auftragnehmer während der Vertragslaufzeit der Umsatzsteuer unterworfen werden und daraufhin der Auftraggeber die anfallende Umsatzsteuer zahlen muss und/oder
 3. eine Erhöhung der Infrastrukturbenutzungsentgelte, die über die allgemeine jährliche Preisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (gemessen an der Entwicklung des „Verbraucherindex für Deutschland“ der Fachserie 17, Reihe 7 der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes (Destatis), bezogen auf das Vorjahr, hinausgeht

und ein der Kostenerhöhung bzw. der Mittelreduzierung entsprechender Einsparbetrag durch Abbestellung nach Maßgabe von **RB113_4140_Wertsicherungsklausel** nicht erzielt werden kann. Satz 2 Nr. 1 gilt entsprechend, wenn dem ZVNL während der Laufzeit dieses Vertrags durch den Freistaat Sachsen weniger Finanzmittel gemäß der jeweils aktuellen Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs vom 29.04.2009 (ÖPNVFinVO; SächsGVBl. 30.05.2009, Seite 232) in dem jeweiligen Jahr zur Verfügung gestellt wird, als dies anteilig zur Finanzierung der SPNV-Leistungen nach dem vorliegenden Vertrag erforderlich ist. Der Kürzung steht dabei eine nicht oder nicht in ausreichendem Umfang erfolgende Erhöhung der Finanzmittel nach der ÖPNVFinVO in der jeweils aktuellen Fassung gleich.

- (2) Entscheidet sich der Auftraggeber zu einer Abbestellung nach Absatz 1, ist der Auftragnehmer berechtigt, eine Verringerung des jeweiligen betrieblichen Angebots vorzunehmen. Der Auftraggeber hat den Auftragnehmer von einer beabsichtigten Anpassung der Finanzmittel gemäß Absatz 1 schriftlich zu unterrichten. Hierbei hat er die Höhe des beabsichtigten Kürzungsbetrags dem Auftragnehmer mitzuteilen. Der Auftragnehmer hat innerhalb von sechs Wochen nach Mitteilung dem Auftraggeber gegenüber schriftlich zu erklären, welches betriebliche Leistungsangebot mit den vorhandenen Finanzmitteln noch zu betreiben ist. Für das reduzierte betriebliche Angebot unterbreitet er dem Auftraggeber dabei nach dessen verkehrlichen Vorgaben Vorschläge. Soweit die Kosten je Fahrplankilometer des Auftragnehmers anzupassen sind, legt der Auftragnehmer seine Auffassung dar, wobei Absatz 5 anzuwenden ist. Der Auftraggeber entscheidet innerhalb von sechs Wochen, ob er das reduzierte betriebliche Angebot annimmt oder eine andere Umsetzung verlangt. Der Auftragnehmer ist auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, bis zu drei weitere Umsetzungsvarianten nach den Maßgaben des Auftraggebers jeweils innerhalb von vier Wochen zu entwickeln.
- (3) Der Auftraggeber legt das reduzierte Betriebsprogramm verbindlich fest, falls kein Einvernehmen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer hergestellt werden konnte. Der Auftragnehmer kann dem Auftraggeber ungeachtet dessen Alternativen zu dem nach Satz 1 festgelegten Betriebsprogramm vorschlagen. Sofern nichts anderes vereinbart wird, hat der Auftragnehmer vier Wochen nachdem der Auftraggeber das reduzierte Betriebsprogramm verbindlich mitgeteilt hat, dieses Betriebsprogramm umzusetzen. Die Abschlagszahlungen an den Auftragnehmer werden entsprechend verringert.
- (4) Auftragnehmer und Auftraggeber sind berechtigt, eine Neufestlegung der Kosten des Auftragnehmers je Fahrplankilometer nach Maßgabe des § 2 Nr. 3 VOL/B zu verlangen, soweit die Grenzen der nach **RB113_4140_Wertsicherungsklausel** zu tragenden Risiken aus Leistungsanpassungen erreicht sind.
- (5) Ist einer der Vertragspartner der Auffassung, dass eine Anpassung des Entgeltes nach § 2 Nr. 3 VOL/B erfolgen muss, ist er für das Vorliegen der hierfür in diesem Vertrag aufgestellten Voraussetzungen darlegungs- und beweispflichtig. Wird eine Anpassung des Entgeltes nach den veränderten Kosten des Auftragnehmers im Sinne des § 2 Nr. 3 VOL/B verlangt, hat der Auftragnehmer die sich verändernden Kosten gegenüber dem Auftraggeber im Einzelnen darzulegen. Beruft er sich auf Kostenerhöhungen, ist er für ihr Vorliegen beweispflichtig. Er hat im Einzelnen nachzuweisen, warum und inwieweit die kalkulierten Positionen nicht mehr zutreffend sind und Abweichungen aufgrund von

Remanenzkosten entstehen. Insoweit darf der Auftragnehmer sich nicht auf Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse berufen. Der Auftragnehmer ist zur weitestgehenden Minimierung seiner Aufwendungen verpflichtet (Schadensminderungspflicht). Er muss sich bei der Erstattung seiner Kosten dasjenige anrechnen lassen, was er unter Verstoß gegen diese Minimierungspflicht nicht erspart oder durch eine anderweitige Verwendung seiner Betriebsmittel oder seines Personals erwirbt oder böswillig zu erwerben unterlässt.

§ 23 Kündigung / Außerordentliche Kündigung

- (1) Während der Vertragslaufzeit ist eine ordentliche Kündigung des Vertrages ausgeschlossen. Die Auftraggeber können den Vertrag mit Wirkung für die Zukunft nach § 648 Satz 1 BGB kündigen.
- (2) Beide Parteien sind berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund, den der Kündigende nicht zu vertreten hat, gemäß § 314 BGB zu kündigen. Eine außerordentliche Kündigung erfolgt mit sofortiger Wirkung, sofern der Kündigende keinen abweichenden Beendigungstermin vorgibt. Der Auftraggeber ist zur Kündigung aus wichtigem Grund in der Regel berechtigt, wenn:
 1. der Auftragnehmer die Zulassung nach § 6 AEG oder die Sicherheitsbescheinigung nach § 7a AEG bestands- oder rechtskräftig verliert oder bis zum Termin der Betriebsaufnahme nicht erhalten hat,
 2. der Auftragnehmer – auch für Teilleistungen – den Termin der Betriebsaufnahme um mehr als drei Monate überschreitet oder der Auftragnehmer die für die Aufnahme des Betriebes notwendigen Maßnahmen und Vorarbeiten trotz schriftlicher Nachfristsetzung von einem Monat nicht ordnungsgemäß durchgeführt hat und deshalb der Termin nach verständiger, fachkundiger Prognose des Auftraggebers unter den zu erwartenden und absehbaren Umständen nicht mehr eingehalten werden kann. Das Recht zur Geltendmachung von Schadensersatz und Vertragsstrafen bleibt davon unberührt,
 3. der Auftragnehmer trotz schriftlicher Nachfristsetzung von 14 Tagen weder das Ersatzfahrzeugkonzept gemäß § 21 Abs. 3 i. V. m. der Anlage **RB113_3020_Fahrzeuge** ordnungsgemäß erstellt noch den Nachweis führt, dass die Verfügbarkeit der Ersatzfahrzeuge zum Zeitpunkt der Betriebsaufnahme mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist,
 4. entgegen den Angaben des Auftragnehmers im Vergabeverfahren nicht für alle angebotenen Fahrzeuge eine Lieferzusage besteht und dadurch die rechtzeitige Fahrzeuglieferung gefährdet wird,
 5. der Auftragnehmer dauerhaft oder wiederholt und schuldhaft, trotz mindestens zweimaliger Abmahnung, gegen sonstige vertragliche Regelungen verstößt und dem Auftraggeber unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht zugemutet werden kann,
 6. der Auftragnehmer die gesamten geschuldeten Verkehrsleistungen über einen Zeitraum von mehr als 72 Stunden nicht erbringt und er dies zu vertreten hat, es sei denn, die Leistungsunterbrechung ist durch einen Streik im Betrieb des Auftragnehmers oder eines Unterauftragnehmers bedingt. Sobald abzusehen ist, dass

der 72-Stunden-Zeitraum erreicht wird, werden die Auftraggeber in geeigneter Weise mit dem EVU in Kontakt treten und auf die drohende Kündigungssituation hinweisen. Der Auftragnehmer erhält Gelegenheit, durch unverzügliche angemessene Gegenmaßnahmen die Kündigung abzuwenden.

7. der Auftragnehmer erklärt, geschuldete Verkehrsleistungen ganz oder teilweise nicht mehr erbringen zu wollen,
8. der Auftragnehmer die nach § 24 zu leistende Sicherheit trotz schriftlicher Nachfristsetzung von 14 Tagen nicht vertragsgemäß erbringt,
9. nach Zuschlagserteilung festgestellt wird, dass der Auftragnehmer wegen einer Straftat einer für den Auftragnehmer tätigen Person oder einer unzulässigen, den Wettbewerb behindernden Maßnahme im Vergabeverfahren auszuschließen gewesen wäre oder
10. ein Insolvenz-, Vergleichs-, oder Liquidationsverfahren (oder ein vergleichbares Verfahren) gegenüber dem Auftragnehmer eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wird.

Eine außerordentliche Kündigung ist nicht allein aufgrund von Nicht- oder Schlechtleistungen möglich, die auf extreme Wetterverhältnisse zurückgehen, welche außerhalb des Temperaturbereichs liegen, für den eine Funktionsfähigkeit der Fahrzeuge gefordert ist.

Erforderlich ist die Kündigungserklärung aller Auftraggeber.

Ein wichtiger Grund für den Auftragnehmer liegt insbesondere vor, wenn die Auftraggeber ihren Zahlungsverpflichtungen in Höhe von mindestens zwei Abschlagszahlungen trotz zweimaliger Mahnung durch den Auftragnehmer und jeweiligem Ablauf einer angemessenen Nachfrist nicht nachkommen und unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist, dass insoweit kein Zurückbehaltungsrecht besteht.

- (3) Das Recht des Auftraggebers vom Auftragnehmer Schadenersatz zu verlangen und/oder andere Ansprüche aus diesem Vertrag geltend zu machen, wird durch die Kündigung nicht berührt.

§ 24 Sicherheitsleistung / Haftung / Versicherungsschutz

- (1) Der Auftragnehmer erbringt eine Sicherheitsleistung in Form einer Bürgschaft oder durch Hinterlegung von Geld in Höhe von **2.000.000 €**. Es gilt § 18 VOL/B. Die Sicherheitsleistung ist dem Auftraggeber 3 Monate vor Betriebsaufnahme nachzuweisen. Solange der Auftragnehmer die Sicherheitsleistung nicht erbringt, steht dem Auftraggeber, unbeschadet des Kündigungsrechts nach § 23, ein Zurückbehaltungsrecht bis zur Höhe des Sicherungsbetrags zu. Die Bürgschaft ist von einem in der Europäischen Union zu Bankgeschäften zugelassenen Kreditinstitut, einer Großbank oder einer öffentlichen Sparkasse oder einem Kreditversicherer mit einem international anerkannten Rating von (A-) oder höher (mindestens Rating von A-1 bei S&P oder A-3 bei Fitch oder Moody's) zu erbringen. Mit schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers kann Bürge auch eine Konzerngesellschaft des Auftragnehmers sein, von der der Auftraggeber nach seiner freien Einschätzung mit hinreichender Sicherheit die Erfüllung der Verpflichtungen aus der Bürgschaft erwartet. Die Bürgschaftserklärung muss inhaltlich dem als **RB113_4150_Bürgschaftserklärung** beigefügten Muster entsprechen.

- (2) Sicherungsgegenstand sind insbesondere sämtliche Zahlungsansprüche, die dem Auftraggeber gegenüber dem Auftragnehmer wegen einer möglichen Nicht- oder Schlechterfüllung dieses Vertrags, insbesondere wegen Minderung, Vertragsstrafe, Schadenersatz usw., zustehen können, Rückforderungen aufgrund von Überzahlungen sowie Zinsansprüche. Das Recht zur Geltendmachung weiterer Schadensersatzansprüche oder zur Kündigung durch den Auftraggeber aus wichtigem Grund bleibt davon unberührt.
- (3) Der Auftragnehmer hat zum Zeitpunkt der Betriebsaufnahme einen Versicherungsschutz nach den gesetzlichen Vorgaben nachzuweisen. Der Auftragnehmer legt dem Auftraggeber zum Zeitpunkt der Betriebsaufnahme entsprechende Versicherungsnachweise vor. Die Auszahlung von Abschlagszahlungen kann von der Vorlage der Nachweise abhängig gemacht werden.

§ 25 Gerichtsstand

Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Leipzig.

§ 26 Überleitung dieses Vertrages

- (1) Sollte während der Laufzeit dieses Vertrages die Aufgabenträgerschaft für das vertragsgegenständliche SPNV-Angebot ganz oder teilweise auf Grund gesetzlicher Änderungen oder sonstiger Entwicklungen auf einen oder mehrere andere Auftraggeber übergehen, ist der Auftraggeber berechtigt, die Rechte oder Pflichten aus diesem Vertrag ganz oder teilweise auf den oder die neuen Auftraggeber zu übertragen.
- (2) Hat der Auftragnehmer als Bietergemeinschaft (BGB-Gesellschaft) angeboten, kann er Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf eine Kapitalgesellschaft übertragen. Mitglieder und Beteiligungsverhältnisse müssen gleich bleiben.

§ 27 Schlussbestimmungen / Ausfertigung

- (1) Sollte eine oder sollten mehrere Regelungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden oder aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht durchgeführt werden können, ohne dass damit die Aufrechterhaltung des Vertrages für einen der Vertragspartner insgesamt unzumutbar wird oder sollte sich in dem Vertrag eine Regelungslücke herausstellen, wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Regelungslücke ist diejenige rechtlich zulässige Bestimmung zu vereinbaren, die dem von den Vertragspartnern angestrebten Zweck wirtschaftlich, rechtlich und verkehrspolitisch am Nächsten kommt, wenn sie die Unwirksamkeit der Regelung bedacht hätten. Diese wird dem Vertrag nach einvernehmlichem Beschluss der Vertragspartner hinzugefügt.

- (2) Der Vertrag gibt die getroffenen Vereinbarungen vollständig wieder. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- (3) Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung oder Ergänzung des Schriftformerfordernisses.
- (4) Der Auftragnehmer ist zur Abtretung von Forderungen aus diesem Vertrag nur nach Zustimmung des Auftraggebers berechtigt. Die Zustimmung gilt für den Fall erteilt, wenn der Auftragnehmer seinen Anspruch auf die Ausgleichszahlung zur Sicherung von Ansprüchen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Beschaffung der Fahrzeuge für die Erbringung der vertraglichen Verkehrsleistung stehen, abtritt. Der Auftraggeber ist durch Übersendung einer Kopie der Abtretungsvereinbarung zu unterrichten.
- (5) Der Auftragnehmer ist der Preisprüfung nach VO (PR) 30/53 in der jeweils geltenden Fassung unterworfen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das Recht zur Preisprüfung bei allen Verträgen über wesentliche Vorleistungen zu sichern, soweit diese nicht im Wettbewerb beschafft werden können. Zur Erfüllung dieser Vertragspflicht reicht es aus, dass der Auftragnehmer dem entsprechenden Unternehmen, insbesondere den Eisenbahninfrastrukturunternehmen, vor oder bei dem Abschluss des Vertrages über die betreffenden Vorleistungen anzeigt, dass der Auftraggeber die Anwendung der VO (PR) 30/53 in der jeweils geltenden Fassung auf solche Verträge verlangt. Für Ansprüche aus der Preisprüfung gelten nur die gesetzlichen Verjährungsfristen.
- (6) Die Vertragspartner werden eine besondere Urkunde über den Vertrag nebst Anlagen fertigen, von der jede Vertragspartei (Auftragnehmer und Auftraggeber) eine Ausfertigung erhält.